Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 9

Artikel: Ein Jahr Volksfrontregime und Elsass-Lothringen
Autor: Bickler, H.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158362

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

handelt, auf die Londoner City als seinen Mittelpunkt der Welt und auf die „Royal Navy" als Gottes strafenden Arm.

Vielleicht hat aber gerade das unerhörte Leisetreten Englands im abessinischen Konflikt nur dazu beigetragen, in den verantwortlichen Kreisen in Den Haag den Wunsch nach einer eigenen Rüstung und größerer Selbständigkeit im europäischen Konzert noch zu verstärken. Sicher war die traurige Bilanz des Versailler „Friedens" und der Genfer Hoffnungen daran nicht unbeteiligt, noch auch das Beispiel des wieder mehr auf eignen Füßen stehenden Belgien und die Auferstehung des Wehrgedankens in der Schweiz. Es ist bemerkenswert, daß aller Niedergang der Werte des vorigen Jahrhunderts im Verein mit dem erschreckenden Anschauungsunterricht spanischer und französischer Volksfronterfahrungen in Holland wie in Belgien nur dazu führen konnten, langsam doch sicher die Achtung vor dem Eigenwert von Volkstum, Rasse und Sprache der Heimat wieder zu beleben und eine von alten Vorurteilen unbeschwerte Jugend auf die Suche nach eignen Wegen auszuschicken, die ihrem Lande neue Kraft und neue Zukunft geben können.

Ein Jahr Volksfrontregime und Elsaß-Lothringen.

Von **H. Bickler.**

Seit 1919 hat Elsaß-Lothringen innerhalb des französischen Staatsrahmens sein eigenartiges politisches Leben fortgeführt. Die neuen Departemente Ober-Rhein, Unter-Rhein und Mosel reagierten jeweils auf ihre Weise gegenüber allem, was von Paris aus unternommen wurde.

So lösten die einschneidenden Maßnahmen des Volksfront-Regimes auch hier eine besondere Entwicklung aus, die heute noch immer im Fluß ist, sodaß keine klaren Ergebnisse festgestellt, sondern nur bestimmte Tendenzen aufgezeigt werden können. Diese Tendenzen selbst aber sind nicht leicht in eindeutige Formeln zu kleiden, da sich im Grenzland am Rhein nach wie vor zahlreiche weltanschauliche, politische und wirtschaftliche Linien kreuz und quer überschneiden und so alle Probleme komplizieren. Es wäre daher unzulänglich, wollte man lediglich die Fronten nach rechts und nach links voneinander abgrenzen. Durch diese Lager bricht das eigentümlich Elsaß-Lothringische überall wieder durch, sodaß zuletzt doch nur die zwei alten, großen Lager übrig bleiben werden: nämlich die Verteidiger der Heimatrechte und des Selbstverwaltungsgedankens auf der einen und die Anhänger des zentralistischen französischen Staatsprinzips auf der anderen Seite.

1.

Als Blum vor einem Jahre den Anspruch erhob, den „vierten Stand" in den demokratisch-parlamentarischen Staat einzubauen, fand er gerade

bei der elsaß-lothringischen Arbeiterschaft eine verständnisvolle Zustimmung. Im Gegensatz zu den Lohn- und Gehaltsempfängern Altfrankreichs lebte sie seit Jahrzehnten im Genuß der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung. Am Muster der sozialdemokratischen und christlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung hatte sie sich geschult und erfahren, was eine straffe Organisation und geordnete Kampfführung bedeuten. In Massen kehrten die elsaß-lothringischen Werktätigen, die in den Jahren 1919/20 ein erstes Mal von der sozialistischen C. G. T. (Confédération Générale du Travail) enttäuscht worden waren, wieder in den großen französischen Gewerkschaftsbund zurück, der ja soeben das alte Erbübel der Spaltung durch die von Moskau befohlene Wiedereingliederung der kommunistischen Syndikate (C. G. T. U.) augenfällig überwunden hatte. Nirgends mehr als in Elsaß-Lothringen wurden Reformen für durchaus natürlich gehalten, weil man hier wußte, daß sie in anderen Ländern bereits seit Jahrzehnten verwirklicht waren. Nicht zuletzt demonstrierten die schnellen Erfolge der Lohnkämpfe im Sommer 1936 diesen Volksschichten, die mehr als jede andere an die Sicherstellung der allernächsten Zukunft denken müssen, die Volksfront als ein Unternehmen vor, das der Unterstützung jedes fortschrittlich gesinnten und klassenbewußten Arbeiters wert sei. So war auch seit dieser Zeit im Grenzland ein Aufbruch der Arbeiterschaft zu verzeichnen. Aber bereits er hatte besonders durch seine Begleiterscheinungen ein eigentümliches Gepräge.

Bisher war die elsaß-lothringische Arbeiterschaft und besonders der Teil, den die kommunistische Partei erfaßte oder doch ideologisch mehr oder weniger beeinflußte, das heißt der eigentlich kämpferisch-aktivistische Teil, dem französischen Zentralismus stark ablehnend gegenübergestanden. Als die Komintern aus Gründen der russischen Außenpolitik bald nach dem Krieg die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes für die neu erworbenen Provinzen bis zur Lostrennung von Frankreich in das Programm ihrer elsaß-lothringischen Sektion aufnehmen ließ, die als solche tatsächlich bestand, wenn sie auch nicht weiter unterstrichen wurde, fand gerade diese radikale Forderung stärksten Anklang bei den Anhängern und führte sogar jahrelang der kommunistischen Partei in Elsaß-Lothringen bei den Wahlkämpfen Stimmen bis aus der linksbürgerlichen Mitte zu. Bis vor kurzem ließ sich so der Gegensatz zwischen der langsam, aber stetig zurückgehenden sozialistischen Gruppe der Marxisten und ihren kommunistischen Stiefbrüdern in erster Linie auf diesen nationalen Nenner bringen: während die Sozialisten unter dem Einfluß ihrer alten, restlos in der kleinbürgerlichen und liberalistischen Ideologie von 1789 aufgegangenen Führer (Peirotes, G. Weill, S. Grumbach usw.) durch dick und dünn eine stramm blau-weiß-rote Politik mitmachten, kennzeichneten die Kommunisten ihre schonungslosen Angriffe gegen das französische System immer wieder als den nationalen Befreiungskampf des elsaß-lothringischen Volkes gegen eine fremde kapitalistische Ausbeutung, durch die Pariser Machthaber.

Äußere Vorgänge haben dann diese Situation in den letzten Jahren in steigendem Tempo verändert und bis heute in ihr genaues Gegenteil verkehrt. Die scharf antibolschewistische Einstellung des Dritten Reiches und die damit zusammenhängende außenpolitische Umstellung Sowjetrußlands, das heißt zwangsläufig auch der Komintern, haben bewirkt, daß die kommunistische Partei Elsaß-Lothringens einfach eine Kehrtwendung vornahm. Infolge ihrer Abhängigkeit von Moskau, die übrigens kaum durch ein anderes Beispiel des Weltkommunismus so schlagend illustriert werden dürfte wie in unserem Falle, und aus ihrem Haß gegen den deutschen Nationalsozialismus, ist diese ehemalige Verfechterin des elsaß-lothringischen Selbstbestimmungsrechtes zu der devotesten Vorkämpferin aller französischen Belange geworden. Wo früher die „Raubverträge von Versailles" gebrandmarkt wurden, wird heute auf die Skrupellosigkeit Hitlers verwiesen, dem kein Vertrag heilig sei. Wo früher der französische Militarismus als „Vorbereitung zu neuem Völkermord" und „stärkerer Ausbeutung der unterdrückten Völker und Klassen" unerbittlich bekämpft wurde, gilt es jetzt stark zu sein, um die „Raubgelüste des braunen Nachbars", dessen Einbrechen in Elsaß-Lothringen mindestens einmal in der Woche angekündigt wird, einzudämmen. Wo es früher hieß „Selbstbestimmungsrecht des elsaß-lothringischen Volkes bis zur Lostrennung von Frankreich", heißt es jetzt geradezu inbrünstig „Innige Verschmelzung der elsaß-lothringischen Bevölkerung mit dem französischen Volke der großen Revolution und der Demokratie". Diese Entwicklung, die in der Tat eine wohl einzig dastehende totale Umkrempelung des politischen Programms bedeutet, hat seit der Machtübernahme durch die Volksfront ihren Gipfelpunkt erreicht.

Sie ist überhaupt nur durch diese Machtübernahme in einem solchen Ausmaße möglich geworden. Denn, um ein Bild zu gebrauchen: die seit Jahren mit einer ganz anderen Nahrung gefütterte Anhängerschaft hätte diese neuen, ihr im Wesen gar nicht zusagenden Pillen trotz aller Vorgänge jenseits der Grenzen und in der Welt einfach nicht geschluckt, wenn sie ihr nicht im Zuckerwasser der angeblichen sozialen Leistungen Blums und der Volksfrontregierung gewissermaßen mit eingegeben worden wären. Es ist bekannt, daß die Pariser Parteileitung der Kommunisten die elsaß-lothringische Politik Moskaus früher nur mit großem Widerstreben mitmachte. Die schon vor Jahren unter ganz anderen Vorwänden erfolgten Ausschlüsse mancher elsässischer Führer (wie der heutigen Straßburger Abgeordneten Hueber und Mourer) sind auf diesen Umstand zurückzuführen: diese Männer waren den französischen Genossen zu „autonomistisch". Nun war der günstige Augenblick gekommen, um den elsässischen und deutschlothringischen Arbeitern ihren Querkopf schmerzlos zurechtzustutzen. Und dieser Augenblick wurde geschickt benutzt. An ihrem Vorgehen im Elsaß hat die K. P. F. deutlich gemacht, was aufmerksame Beobachter der französischen Vorgänge sich seit einer Weile abzeichnen sehen: der französische Kommunismus ist drauf und dran, sich zu einer ordentlichen, wenn man so sagen kann, und

durchaus in den überkommenen französischen Rahmen passenden politischen Machtgruppe durchzumausern. In Elsaß-Lothringen jedenfalls haben die roten Genossen von Paris ihre Sache so gut gemacht, daß auch der reaktionärste General und Säbelraßler mit ihnen zufrieden sein kann. Wenn der alte Poincaré noch lebte, müßte er die Leute, die ihm so bittere Stunden bereiteten, beglückwünschen: haben sie doch Massen patriotisch gemacht, die von derlei Dingen früher aber auch gar nichts wissen wollten.

Diese Entwicklung innerhalb der roten Arbeiterschaft allein erklärt, daß in Straßburg bei den letzten Bezirkstagswahlen zwei Mandate der Heimatrechtler an die Sozialisten verloren gingen. Das Machtverhältnis zwischen diesen beiden Gruppen hat sich auch in der Landeshauptstadt seit sechs Jahren nicht verschoben. Lediglich warf die kommunistische Wählerschaft, die sonst um keinen Preis für einen Sozialisten marschiert wäre, in dem sie mit Recht einen Verräter nicht nur an der Arbeitersache, sondern auch in ihrem Kampf für ihr bedrohtes Volkstum sah, dieses Mal ihr Gewicht zugunsten eben dieser Sozialisten in die Waagschale.

Die eigentlich politische Frage jedoch, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist: handelt es sich hier um eine Entwicklung, die dauerhaft sein wird, weil sie organisch ist? Sie heute schon beantworten zu wollen, mag vielleicht müßig erscheinen, wenn man berichten und nicht prophezeien will. Immerhin steht fest, daß der Stimmungswechsel innerhalb dieser Linkskreise nicht aus deren Natur heraus erfolgt ist. Wenn das oben gebrauchte Bild wahr ist, und es entspricht den Tatsachen, dann muß sich erst noch zeigen, ob unsere Arbeiter die neuen Pillen, diesen echten „Article de Paris", auch noch verdauen werden, wenn der Geschmack des heute immer noch so süßen Volksfrontzuckerwassers sich verflüchtigt haben wird. Diese Verflüchtigung aber wird kommen, und daraus folgt, daß die oben gezeichnete Verlagerung noch keineswegs abgeschlossen ist. Die berühmten Arbeiterbataillone marschierten nun schon seit Jahren in einer klaren Richtung, auf einem Weg, den sie instinktmäßig betreten hatten. Mit einem Male mußten sie haltmachen und sollen nun in entgegengesetzter Richtung marschieren. Sie taten es auch, weil ihnen neue greifbare Ziele gewiesen wurden: eine unmittelbare Besserstellung des werktätigen Volkes, die endliche Entthronung der Ausbeuter, baldige Gerechtigkeit für alle, Kampf gegen den „Faschismus". Aber, wird es ihnen verborgen bleiben können, daß sie um ihre Hoffnung im großen und ganzen auch dieses Mal betrogen wurden? Sie werden noch eine Weile den Tritt halten, denn im Proletariat ist die Sehnsucht stark und groß. Aber der Wirklichkeit werden sie sich trotzdem nicht verschließen können: und die heißt heute schon Pause, Aufschwung des Spekulantentums, Sinken der Kaufkraft der Massen, keine wirkliche Änderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur. Und schließlich wird der Marsch ins Stocken geraten, und ein anderer Weg gefunden werden müssen.

2.

Einen Stimmungsumschlag in entgegengesetzter Richtung bewirkte das Volksfront-Experiment in den bäuerlichen und kleinbäuerlichen Schichten, von der sogar die eigentlich bourgeoisen Kreise erfaßt wurden. Wenn in Altfrankreich die entsprechenden Kreise durch die extralegalen Vorgänge, um einen milden Ausdruck zu gebrauchen, die sich in Stadt und Land häuften, stark beunruhigt wurden, so war man in Elsaß-Lothringen geradezu entsetzt, erleben zu müssen, wie die Staatsgewalt nicht nur untätig, sondern oft sogar wohlwollend zusah, wenn das Privateigentum, ja die persönliche Freiheit der Bürger in einem fort angetastet wurden. Die prärevolutionären oder schon revolutionären Ereignisse im Sommer und Herbst 1936 haben in Elsaß-Lothringen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Hier, wo man früher schon geneigt war, als Schlamperei zu bezeichnen, was der „Français moyen" als zu seiner Freiheit gehörig empfand, konnte man es einfach nicht fassen, daß in dieser Weise ungestraft gegen „Ordnung" und „Gesetz" verstoßen wurde. Mußten die Bauern von vorneherein mit dem größten Mißtrauen einer Aktion gegenüberstehen, die, wie sie hörten, darauf hinauslief, weniger zu arbeiten und doch mehr zu verdienen, so wurde es auch den bürgerlichen Gruppen immer schwüler, als sie mitansehen mußten, daß es in Paris offenbar keine Macht mehr gab, um einem Treiben Einhalt zu gebieten, das ihnen ungeheuerlich schien. Bei ihnen ging die Wandlung umso tiefer, als gerade sie bisher immer am unentwegtesten zu Paris gestanden hatten. Ihre konservative oder, wenn man will, nicht selten reaktionäre Einstellung ließ diese Leute sich a priori von einem ausgesprochenen Linksregime distanzieren. Die allgemeine französische Lethargie und nicht zuletzt die ebenso rapide wie totale Kapitulation der französischen Rechten aber erschütterte diese bislang durchaus loyalen Leute sogar in ihrem nationalen Vertrauen. Das heißt, hier wirkte sich die Pariser Revolutionsdrohung in sehr ernster Weise aus. Ob diese bürgerlichen Kreise damit nicht doch bewiesen haben, daß ihnen schließlich der Geldbeutel näher liegt als das Vaterland, braucht hier nicht erörtert zu werden. Diese gesinnungsmäßige Erschütterung ging so weit, daß berufene Vertreter der Schwerindustrie und des Großhandels gelegentlich einer stürmischen Audienz den Unterstaatssekretär de Tessan daran erinnerten, daß Straßburg nur wenige Kilometer vom Rhein entfernt läge. Hier prallten Leute, deren Leisetreterei sonst sprichwörtlich ist, mit einer Schärfe auf einen französischen Minister, wie man es vorher noch nie erlebt hatte. Wenn man allerdings weiß, daß derselbe Minister am Tage vorher als Vertreter der Regierung einem großen kommunistischen Meeting, auf dem in bedenklicher Weise über die Grenze hinüber provoziert wurde, mit erhobener Faust beigewohnt hatte, versteht man besser, daß den sonst so friedlichen Herren und Ehrenlegionären der Faden riß. In jener Zeit fiel auch das Wort „Lieber Hitler als Moskau", das dem Metzer Politiker Abbé Ritz, einem der glühendsten französischen Patrioten und aus-

gesprochensten Deutschenfeind, zugeschrieben wird. Wenn solches am grünen Holz geschieht ... Hier ermißt man auch, daß infolge der eigenartigen Atmosphäre des Grenzlandes, wo sich auch Dinge als wandelbar und vergänglich erwiesen haben, die sonstwo überhaupt nicht diskutiert werden, politische Auseinandersetzungen leicht auf einen gefährlichen Boden geraten. Was sonst zuletzt doch ein parteipolitischer oder weltanschaulicher Gegensatz bleibt, wächst sich hier zum nationalen Problem aus. Das werden gewisse Instanzen in Paris in der letzten Zeit nicht ohne Sorge gerade dort im Elsaß erlebt haben, wo sie auf eine hundertprozentige Gefolgschaft rechnen zu können glaubten. Im Grenzgebiet kommt in derartigen Krisen dann die nüchterne Überlegung: wenn es uns da zu bunt wird, sehen wir zu, wie das vielleicht anders gemacht werden könnte. Ob eine solche Einstellung schön ist oder nicht, ist, politisch gesprochen, unerheblich. Wichtig ist allein, ob mit ihr gerechnet werden muß.

Wie unsere Bevölkerung zu reagieren begann, zeigen am besten zwei Ereignisse, von denen das eine nur kurz und lokal blieb, das andere aber das ganze Land während Monaten aufwühlte. Als 1936 im Zuge der Betriebsbesetzungen landwirtschaftliche Arbeiter sich in einem großen Gut in der Nähe von Gebweiler im Ober-Elsaß festsetzten und ihre Bedingungen vorschreiben wollten, boten die landwirtschaftlichen Organisationen sofort ihre Leute auf, holten noch in derselben Nacht den Colmarer Präfekten aus einer gesellschaftlichen Veranstaltung und rückten in langer Kolonne vor das besetzte Gut, wo noch vor Morgengrauen der Konflikt mit dem Abzug der Streikbesatzung endete! Diese hatte sehr schnell eingesehen, daß ihr nichts übrig blieb, als schleunigst das Feld zu räumen. Bei dieser ersten und einzigen Besetzung eines elsässischen Hofgutes ist es bis zum heutigen Tag geblieben. Eine Internierung arbeitswilliger Bauern in ihren Höfen, wie sie von der französischen Staatspolizei selbst im eigenen Wahlkreis des Landwirtschaftsministers während der letzten Ernte zu Gunsten der Streikenden durchgeführt wurde, wäre in Elsaß-Lothringen absolut undenkbar gewesen. —

Zu einem viel schlimmeren Konflikt gab die Einführung des sogenannten neunten Schuljahres Anlaß.

3.

Am 9. August 1936 hatte die Volksfrontregierung auch ein Gesetz annehmen lassen, das zur Hebung des in Frankreich noch vielerorts ungenügenden Bildungsstandes die Schulpflicht von sieben auf acht Jahre erhöhte. Von nun ab müssen die kleinen Franzosen, und zwar Buben wie Mädchen, bis zum vollendeten 14. Lebensjahr die Volksschule besuchen. Da in Elsaß-Lothringen die Knaben noch aus der deutschen Zeit her bereits acht Jahre lang in die Schule gingen, hätte das Gesetz einfach durch die Bestimmung eingeführt werden können, daß in Zukunft hier auch die Mädchen bis zum vierzehnten Jahr schulpflichtig sind. Zur allgemeinen Über-

raschung jedoch erschien am 10. Oktober ein Dekret, das für Elsaß-Lothringen die Schulzeit einfach um ein Jahr schematisch verlängerte, sodaß die Knaben nun bis zum 15. Jahr schulpflichtig wurden. Sie sollten also ein Jahr länger die Schulbank drücken als ihre Kameraden von der anderen Seite der Vogesen.

Gegen diese Verordnung erhob sich sofort ein vernehmlicher Widerspruch aus den verschiedensten Bevölkerungskreisen heraus. Die meisten Eltern wollten nicht einsehen, warum ihre Buben ein Jahr länger brummen sollten und wiesen auf die wirtschaftliche Benachteiligung hin, der ihre Kinder unzweifelhaft gegenüber denen der anderen Departemente mit kürzerer Schulzeit durch diese Ausnahmebestimmung ausgesetzt wurden. Von vorneherein entstand eine große Verwirrung, weil bei Erlaß des Dekretes die betroffenen Kinder längst ordnungsgemäß entlassen waren und vielfach bereits eine Anstellung gefunden hatten. Diese jungen Leute nach längerer Unterbrechung wieder in eine 9. Schulklasse zurückzubringen, für die übrigens nicht die geringste Vorbereitung getroffen worden war, schien sehr schwierig. Als besonders unannehmbar aber wurde allgemein empfunden, daß die Regierung Blum, die doch gern ihren demokratischen Charakter betonte, einfach auf dem Notverordnungswege vorgegangen war, ohne die elsaß-lothringischen Parlamentarier vorher auch nur zu befragen! Hier spitzte sich der Konflikt zu, denn die gewählten Vertreter konnten nicht verkennen, daß die Regierung sie mit Absicht ignoriert hatte. Zwangsläufig war damit in den Widerstand gegen eine Maßnahme, die als solche nicht weltbewegend war, ein hochpolitisches Moment getragen. Für die elsaß-lothringischen Parlamentarier handelte es sich nun nicht mehr darum, ob die Einführung der neunjährigen Schulzeit für die Knaben ihrer Wähler eine technisch, wirtschaftlich und pädagogisch annehmbare Neuerung darstellte oder nicht, sondern sie waren mit einem Schlag vor die sehr schwerwiegende Entscheidung gestellt, ob sie die Regierung einfach über ihre Köpfe hinweg schalten und walten lassen könnten, und weiter, ob überhaupt irgend eine Regierung in Paris gegen den Willen der Mehrheit der elsaß-lothringischen Vertreter ihren Willen im Lande würde durchsetzen wollen. Damit war eine grundsätzliche Frage ersten Ranges aufgeworfen, wie sich bald zeigte.

In einer zuerst ruhigen Form, was umso bemerkenswerter war, als die Regierung wenig rücksichtsvoll mit ihnen umgesprungen war, verwahrten sich die Parlamentarier gegen das Dekret vom 10. Oktober und bestritten zuerst dessen Gesetzlichkeit. Auf dem Wege einer Beschwerde an den Staatsrat (Conseil d'Etat) in Paris wurde mit dieser Begründung die Annullierung der Notverordnung beantragt. Prof. Capitant von der juristischen Fakultät der Straßburger Universität, der politisch links orientiert ist, wies überzeugend nach, daß das Dekret ungesetzlich ist, weil es mit der Verlängerung der Schulzeit für die elsaß-lothringischen Knaben

über die allgemeine Dauer hinaus seine ihm durch das Gesetz vom 9. August gestellte Aufgabe, lediglich dessen „Ausführungsbestimmungen festzulegen", ohne Zweifel überschritten hatte. Nicht ohne boshafte Ironie zeigte dieser Fachmann dann, wie leichtfertig auch dieses Mal die Verordnung „fabriziert" worden war: setzte sie doch in ihrem Artikel 2 einen Erlaß vom 17. Dezember 1889 außer Kraft, ohne zu merken, daß diese Bestimmung schon seit dem 1. Juni 1891, also seit über 45 Jahren, vom deutschen Gesetzgeber selbst aufgehoben war! — Da Blum seine Neuerung mit dem Hinweis auf das infolge des Deutsch- und Religionsunterrichts stärker belastete Programm begründen wollte, antworteten ihm die Elsässer, daß trotz einer bei weitem nicht mehr befriedigenden Schulpraxis auch heute nur 7 Analphabeten auf 1000 Einwohner in Elsaß-Lothringen kommen (zu deutscher Zeit war dieser Satz praktisch auf 0,5 ‰ heruntergedrückt gewesen), während man z. B. im Wahlkreis Blums (Aude) deren 45,5 ‰, in demjenigen des Innenministers und Fraktionskollegen Blums, Dormoy (Allier), deren 60,1 ‰ und in demjenigen des Außenministers Delbos sogar 60,8 Analphabeten auf 1000 Seelen zählt! Bei uns liegt es nicht an der Dauer der Schulzeit, wurde Blum entgegengehalten, sondern an der Methode: bauen Sie den Unterricht in einem deutschsprachigen Lande auf der Muttersprache der Kinder auf, anstatt wie bisher mit der französischen Fremdsprache zu beginnen und auch später dem Deutschen während der ganzen Schulzeit nur einen Aschenbrödelplatz einzuräumen, dann werden die Ergebnisse sich bald zeigen. Wenn aber diese sinnlose und naturwidrige Methode nicht geändert wird, werden die Buben auch in einem neunten Schuljahr, dessen Programm im übrigen keineswegs ihrer geistigen und körperlichen Reife angepaßt ist, das, was sie in acht Jahren leider versäumt haben, nicht mehr aufholen können.

Aber, wie die Art der Einführung des Dekrets es schon hatte erkennen lassen: der Regierung ging es um etwas ganz anderes. Sie wollte die sogenannte „Assimilierung", das heißt die Gleichschaltung der deutschsprachigen Minderheit im früheren Reichsland einen mächtigen Schritt vorwärtstreiben. Zum mindesten aber sollte den elsaß-lothringischen Volksvertretern vordemonstriert werden, daß man sich in Zukunft nicht mehr werde nach ihnen zu richten brauchen. Auf die sehr zahme Demarche der elsaß-lothringischen Parlamentarier bei Blum gab dieser am 30. Januar dieses Jahres eine böse Antwort. In geringschätzigem Ton erklärte der Ministerpräsident in einem öffentlichen Brief, seine Besucher hätten ihm den Eindruck gemacht, überhaupt nicht im Bilde zu sein. Dann stellte er die interessierte Bevölkerung einfach vor die Wahl, sich entweder mit dem neunten Schuljahr abzufinden oder aber sich zu dem gemeinfranzösischen Schulregime zu bequemen, das heißt auf den Religions- und Deutschunterricht überhaupt zu verzichten. Dieser Ton und dieser Vorschlag eines wirklich nicht sauberen Handels schlugen dem Faß den Boden aus. Auf einen Hirtenbrief des Straßburger Bischofs hin begann die Ab-

wehraktion auch von kirchlicher Seite her. Der Katholikenbund sammelte Unterschriften für die Beibehaltung des Religions- und Deutschunterrichts und brachte binnen kürzester Zeit nicht weniger als 680 426 Namen aus beiden Konfessionen zusammen, das heißt unter Berücksichtigung nur der Männerunterschriften 73 % aller bei den Kammerwahlen im Mai 1936 abgegebenen Stimmen! Am 13. Februar traten sämtliche Parlamentarier der drei Departemente mit allen Bezirksräten außer zwei linksstehenden Abgeordneten und einigen wenigen volksfröntlerischen Generaträten in Metz zusammen, um gegen die Blum'sche Zumutung zu protestieren. Welche Entwicklung der Konflikt hier bereits genommen hatte, zeigt am besten folgende Auslassung des gemäßigten Abgeordneten Seltz von Erstein (Elsässische Volkspartei — V. P. R.), welcher in dieser Sitzung erklärte: „Ich gehöre zu denen, die 1917 die Propaganda für ein neutrales Elsaß-Lothringen erstickt haben. Ich habe 1918 und 1919 das Abhalten einer Volksabstimmung bekämpft. Ich habe also eine Verantwortung übernommen. Unter dieser Verantwortung erkläre ich: wenn man schon auf die Frage zurückkommen will, dann komme man nicht nur auf die Sprachen- und religiöse Frage zurück, sondern auf das Problem in seiner Gesamtheit." Und der Straßburger Abgeordnete Mourer fügte in einer bedeutsamen Rede hinzu: „Sollte eine Regierung heute oder morgen die formellen Versicherungen und feierlichen Versprechungen antasten, die dem elsaß-lothringischen Volke von berufenen Vertretern Frankreichs gegeben und wiederholt bestätigt wurden, Versprechungen, die Frankreich selbst verpflichten, dann würde eine solche Regierung ein von Frankreich gegebenes Wort brechen! Die Vertreter Frankreichs, die damals im Namen Frankreichs gesprochen haben, in jenen entscheidenden Stunden, als es um die Gestaltung des zukünftigen Schicksals Elsaß-Lothringens ging, haben doch wohl nicht leichthin das Wort Frankreichs verpfändet. Wenn sie damals ihr Wort gegeben haben, so gerade deswegen, weil sie den ganzen Ernst der vor ihnen stehenden Probleme erkannten und auch, weil sie sich klar darüber waren, daß die Versicherung der Achtung unserer Rechte sowie der uns aus der Vergangenheit überkommenen Traditionen, sozusagen die Conditio sine qua non für unsere bedingungslose Angliederung an Frankreich war. Es muß ausgesprochen werden, daß eine Regierung, die sich erlauben würde, auf die damals gegebenen Versprechungen zurückzukommen, mit einem Schlag die ganze Frage der Angliederung neu aufwerfen und auch ganz allein die volle Verantwortung übernehmen würde für alle sich daraus ergebenden Folgen, seien diese nationaler oder internationaler Natur!..." Das war deutlich genug. Aber in Paris wollte oder konnte

man nicht mehr nachgeben. Am 27. April teilte Blum in einem neuen Brief kategorisch mit, das so scharf umkämpfte Dekret werde in Kraft bleiben. Am 12. Mai traten daraufhin in Metz, Straßburg und Colmar die drei Generalräte wieder zusammen, um den Protest von Metz zu erneuern. Während vorher schon die Parlamentarier ihre Wähler aufgefordert hatten, die Kinder einfach nicht in die Schule zu schicken, wurden nun von den drei Versammlungen Kredite bereitgestellt, um die Eltern, welche wegen der Schulversäumnis ihrer Knaben vielleicht bestraft würden, zu unterstützen! Getreu ihrer Abmachung von Metz, sich so oft wieder zu versammeln als es die Lage erfordern würde, traten dann am 15. Mai wiederum 37 Senatoren und Abgeordnete von 39 mit fast allen Generalräten zusammen, und zwar dieses Mal im Sitzungssaal des früheren elsaß-lothringischen Landtags in Straßburg, um erneut ihren festen Entschluß zu bekunden, sich der Willkür der Pariser Regierung nicht zu beugen. Was seit 1918 nicht mehr geschehen war, ergab sich praktisch in dieser Sitzung: der elsaß-lothringische Landtag war wieder erstanden. Nach einer würdigen Verhandlung wurde einstimmig ein feierliches Manifest an das französische Volk beschlossen, um den elsaß-lothringischen Widerstand zu erklären und an die Unterstützung aller wohlmeinenden Franzosen zu appellieren. Entgegen der Auffassung eines großen Teils der Versammelten war das Manifest absichtlich in einem gemäßigten Ton gehalten. Der schon erwähnte Ersteiner Abgeordnete bemerkte: „Wir nehmen das Manifest so an, obschon wir es gern kategorischer gehabt hätten. Was mich angeht, so erkläre ich, daß ich alle Entschließungen anzunehmen bereit bin, die noch gefaßt werden müssen, wenn die Regierung keine Vernunft annehmen will.“ Das Manifest wurde von der gesamten französischen Presse totgeschwiegen.

Die Regierung Blum aber beharrte auf ihrer Haltung bis zu ihrem Sturz. In diesen Tagen ist die Schulgeschichte wieder akut geworden, da sich nun für den zweiten Jahrgang die Frage stellt, ob er nach vollendetem 14. Jahr wieder die Schule besuchen soll. Ministerpräsident Chautemps stellt die demnächstige Entscheidung des Staatsrates in Aussicht. Kassiert dieses Gericht das Dekret, kann sich die jetzige Regierung noch einigermaßen elegant aus der Klemme ziehen. Blum hatte sich auch nach dieser Richtung hin jeden Ausweg verbaut, indem er durch seine Dienststellen die Akten der Beschwerde einfach nicht zur Entscheidung an den Staatsrat weiterleitete.

Aus dem Vorstehenden mag erhellen, warum der Schilderung dieses sogenannten Schulkampfes im Rahmen dieses allgemeinen Lageberichtes ein verhältnismäßig breiter Raum gelassen wurde. Der Anlaß zu der Auseinandersetzung war ziemlich unbedeutend. Aber deren Entwicklung bis zu einem hochpolitischen Konflikt zwischen einer französischen Regierung und fast der gesamten elsaß-lothringischen Volksvertretung ist von Wichtig-

keit. Daß eben aus dieser an sich nicht so bedeutenden Frage ein derart tiefgehender und aufwühlender Kampf entstehen konnte, war nur möglich, weil sich in der Volksstimmung und zwar bis sehr weit über das Lager hinaus, das man in den letzten Jahren als das aktivistisch-autonomistische anzusprechen gewohnt war, eine, vom staatspolitisch-französischen Standpunkt aus gesehen, ungünstige, ja bedenkliche Wandlung vollzogen hatte. Sie war in entgegengesetzter Richtung als die Evolution der marxistisch beeinflußten Arbeiterschaft verlaufen. Und sie ist keineswegs durch diese, von demselben staatspolitischen Standpunkt aus gesehen, günstige Entwicklung innerhalb des Proletariats wettgemacht worden. Daß in Metz sich die bisher scharf chauvinistischen Vertreter mit Regionalisten und Heimatrechtlern auch der schärfsten Observanz auf eine Bank setzten und mit ihnen protestierten, daß sie Sätze, wie die obenerwähnten, mit ihrem beifälligen Schweigen zum mindesten deckten, daß sie sich mit ausgesprochenen Autonomisten faktisch zum elsaß-lothringischen Landtag konstituierten und sich im Namen eines elsaß-lothringischen Volkes über den Kopf der französischen Regierung hinweg an ein französisches Volk wandten, das ist das Bedeutsame. Es ist kaum zu verstehen, daß ein verantwortlicher Staatsmann, wie es der damalige Ministerpräsident doch war, unklug und verbohrt genug sein konnte, um angesichts einer sowieso schon äußerst empfindlich gewordenen Bevölkerung noch alles zu tun, was diese offenen Manifestationen herbeiführen mußte. Ob die Regierung Blum für Frankreich glücklich war, ist hier nicht zu erörtern. Daß sie sich im Elsaß um Frankreich nicht verdient gemacht hat, steht fest. Wie sehr sich auch bisher nie angetastete Bindungen gelockert haben, ergibt sich aus der Tatsache, daß sozusagen niemand, ungeachtet des amtlichen Druckes im letzten Jahre, die über 14 Jahre alten Knaben in die Schule schickte. Auch das ist in Elsaß-Lothringen noch nie dagewesen. Hier wird sichtbar, daß die Staatsautorität gelitten hat, was jedoch in einem Lande wie Elsaß-Lothringen leicht einen Verlust an französischer Substanz schlechthin bedeuten kann.

4.

In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die Frage, ob das Porzellan, das von der Volksfrontregierung in der Schulfrage und auf anderen Gebieten bei den nichtmarxistischen Volksschichten zerschlagen wurde, nicht von den sogenannten französischen „Erneuerungsbewegungen" wieder zusammengeflickt oder gar zu einem neuen und festeren Gefäß gefügt werden könnte. Diese offen oder getarnt faschistischen Gruppen haben tatsächlich seit etwa zwei Jahren gerade in Elsaß-Lothringen eine rege Agitation entfaltet, wobei sich die Feuerkreuzler, die spätere französische Sozialpartei (P. S. F.), durch das Ausmaß ihrer stark demagogischen Propaganda hervortaten. Sie gaben sich scharf antiparlamentarisch und verdammten das gegenwärtige französische System in Grund und Boden hinein, wozu ihnen die letzten Riesenskandale (Stawisky usw.)

natürlich reichen Stoff boten. Ihre eigentlich reaktionäre und chauvinistische Einstellung verbargen sie unter heftigem Schimpfen gegen das „Großkapital" und der lauten Beteuerung, mit allen Mitteln eine deutsch-französische Verständigung anstreben zu wollen. So war es nicht verwunderlich, daß die Bewegung gerade in Deutschlothringen und im Elsaß am Anfang beträchtliche Erfolge hatte. Politisch interessant hierbei ist, daß sie ihre neuen Anhänger nicht nur bei den alten Rechtsparteien (Demokraten, nationalklerikale Apna) gewann, womit noch keine Kräfteverschiebung stattgefunden hätte, sondern sogar Elemente mobilisierte, die bisher mindestens latent zum partikularistischen Lager gehört hatten. Diese Elemente stießen zu der neuen Bewegung, weil sie gegen Paris heftige Worte gebrauchte, weil sie „ausmisten" und endlich einmal „Ehrlichkeit und Sauberkeit" in einen „gänzlich verrotteten und verjudeten Staatsbetrieb" bringen wollte. (Die Feuerkreuzler gaben sich übrigens nur in Elsaß-Lothringen antisemitisch.) Wenn man etwas überspitzt formulieren will, kann man sagen, daß hier zahlreiche Leute, die eigentlich, wenn auch ihnen selbst zumeist unbewußt, nationalsozialistisch gesinnt sind, zu La Rocque stießen, der für sie Hitler ersetzen sollte. So erklärt sich, daß diese angebliche Erneuerungsbewegung monatelang im deutschsprechenden Grenzland einen Zustrom von Mitgliedern erlebte, der, wäre er auch nur annähernd von einem ähnlichen Aufschwung in Altfrankreich begleitet gewesen, selbst dem unfähigen Colonel erlaubt haben würde, binnen kürzester Zeit in Paris an die Macht zu spazieren. — Heute ist diese Entwicklung längst ins Stocken geraten, ja bereits wieder stark rückläufig geworden. Der eigentlich chauvinistische Stamm wird im großen ganzen noch stehen, obschon auch er durch die vernichtenden Enthüllungen Tardieus stark beunruhigt sein dürfte. Das Gros der Truppen aber hat sich ebenso rasch wieder verlaufen, wie es zusammengeströmt war, weil es einfach nicht mehr übersehen konnte, daß sich hinter der trügerischen Maske der Feuerkreuzler-Demagogie nichts anderes als die alten reaktionären und außenpolitisch wie innenpolitisch rettungslos engstirnigen Mächte verkrochen haben, die nach dem offenen Bankrott ihrer früheren Firmen einfach einen neuen Laden aufmachten, um gutgläubigen Leuten die alte Ware wieder anzudrehen. Als bei den letzten Generalratswahlen in Straßburg-Stadt zwei antibolschewistische Autonomisten zwei Kandidaten der Rotfront gegenüberstanden, zögerten die Feuerkreuzler, deren Hauptziel angeblich doch der Kampf gegen den Bolschewismus ist, nicht einen Augenblick lang, den Rotfröntlern zum Siege zu verhelfen. Sie schluckten unbesehen die Roten, weil ihnen diese mehr Garantien vom „nationalen" Standpunkt aus zu bieten schienen. Für den aufmerksamen Beobachter war eine solche Haltung nicht erstaunlich. Sie ist typisch französisch. Was dem Nichtfranzosen oft so schwer eingeht, zeigt sich hier wieder: ebenso wie z. B. die französischen Katholiken zuerst Franzosen und dann erst katholisch sind, ebenso sind Feuerkreuzler und Kommunisten zuerst Franzosen und dann erst Anhänger ihrer

weltanschaulichen oder politischen Richtung. Das elsässische und deutsch-lothringische Gros der „Parti Social Français" aber hatte etwas anderes in der Bewegung gesucht, etwas, was diese ihm einfach nicht geben konnte. Daß dann der Skandal, in dem La Rocque, der Mann, der mit den Skandalen endgültig aufräumen sollte, selbst auf das übelste verwickelt ist, nicht gerade zur Ermunterung dieser Anhängerschaft beigetragen hat, braucht nicht besonders betont zu werden. Und hier zeigt sich auch, wie bedenklich wiederum vom national-französischen Standpunkt aus in Elsaß-Lothringen ein Experiment wie das der Feuerkreuzler war: sie weckten große Hoffnungen, bringen aber jetzt eine ebenso große Enttäuschung, und nicht so bald wird es wieder gelingen, die so bitter Enttäuschten noch einmal zu begeistern. Viele kamen zu La Rocque, weil er ihnen die letzte französische Lösung zu bringen schien. Was nun, nachdem sie auch bei ihm nichts als ein jämmerliches Versagen und die alte Korruption vorfanden? Schon Doriot, der doch als Politiker und Volksführer mehr Format hat, aber erst nach La Rocque kam, blieb in den ersten Anfängen stecken. Die soeben gebrannten Kinder streckten bereits ihm die Finger nicht mehr hin. —

* * *

Zusammenfassend kann man sagen: das französische Volksfrontsystem und seine Auswirkungen in Elsaß-Lothringen bieten der kühlen, politischen Betrachtung ein sehr interessantes Anschauungsmaterial, das im Rahmen eines Aufsatzes auch nicht annähernd erschöpfend behandelt werden kann. Innerhalb der politischen Struktur zeichnen sich zwei Bewegungen deutlich ab, die in entgegengesetzter Richtung verlaufen. Die antibolschewistische Einstellung einzelner Staaten und besonders des Reichs hat in der marxistisch beeinflußten Arbeiterschaft die Stimmung geschaffen, welche es der Volksfrontpolitik erleichterte, durch ihre sozialen Reformen, auch wenn diese zum Teil rein demagogische Maßnahmen waren, diese bisher stark partikularistisch eingestellte Volksgruppe in einem allgemein, ja fast nationalistisch-französischen Sinn zu orientieren. Hierbei sind die früher separatistischen Kommunisten, als Agenten der den gleichen Kurs innehaltenden russischen Außenpolitik, die Haupttreiber. Ob diese Bewegung zu einer dauerhaften Wandlung führen wird, ist zweifelhaft. Eine nahe Zukunft wird vielleicht darüber schon Aufklärung bringen.

Alle anderen Bevölkerungsschichten haben sich gewissermaßen mehr auf sich selbst zurückgezogen. Die vor Jahren schon von Blum angekündigten und später unter seiner Herrschaft auch weitgehend eingerissenen „Vacances de la légalité" sind nirgends weniger verstanden worden als in Elsaß-Lothringen. Auch solchen, die sonst immer auf Paris geschworen hatten, erschien plötzlich die kleine Heimat als der Rückhalt, wo in einem großen Zusammenschluß aller antirevolutionären Elemente vielleicht noch ein letzter Hort der Ordnung entstehen könnte. Sie näherten sich damit, wenn auch vielfach nur aus Angst um den bedrohten Geldbeutel, den Hei-

matrechtlern, die auch in Zeiten der „Prospérité" unentwegt auf die Notwendigkeit einer Sonderstellung Elsaß-Lothringens hingewiesen hatten. Eine solche erscheint heute umso zwingender, als das Grenzland Gefahr läuft, wirtschaftlich auszubluten. Diese partikularistische Entwicklung wurde mittelbar auch von der anderen Seite her durch den Kirchenkampf im Reich besonders im katholischen und orthodox-protestantischen Bevölkerungsteil gefördert, der sich innerlich von der überrheinischen Politik auf diesem Gebiete distanzierte. Die Erneuerungsbewegungen haben diese Evolution zum Partikularismus jedenfalls nicht aufheben können. Infolge ihres zwangsläufigen und durch die Unzulänglichkeit ihrer Führer bedingten Versagens wird höchstens die politische Krise noch verschärft, die in einem Lande, wo sich im steten Wechsel der Geschichte fast alle Dinge als relativ erwiesen haben, auch fast 20 Jahre nach der Wiederangliederung an Frankreich noch verhältnismäßig leicht zu einer nationalen Krise werden kann.

Daß kleine Rezepte hier eine wirkliche Wandlung nicht bringen können, sondern ein schleichendes Übel nur verschlimmern, sollte in Paris allgemach klar geworden sein. Auch hier würde helfen und zwar doppelt helfen, was ganz Frankreich nottut: eine ordentliche Staatsführung im Innern, eine endlich mit den europäischen Tatsachen rechnende Außenpolitik mit dem Eckstein einer Annäherung an Deutschland, wozu allerdings eine tolerante und vernünftige Behandlung der deutschsprachigen Minderheit im Elsaß und in Deutschlothringen gehören würde, denn auch diese stellt eine europäische Gegebenheit dar.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Von der schweizerischen Geschichtsforschung. / Nachdenkliches zu einem angestrebten Kommunistenverbot. / Statistik eines bedrohten Volkes.

Als die „Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz" diesen Herbst in Schaffhausen versammelt war, teilte ihr Präsident Professor Nabholz mit, daß die vorausgegangene umfangreiche Mitgliederwerbung nur einen Zugang von einem schwachen halben Hundert geschichtlich Interessierter bewirkt habe. Die Gesellschaft sei indessen Willens, weitere Volkskreise für ihre Sache zu gewinnen und ihnen auch etwas zu bieten. Daß die „Geschichtsforschende" aber weit davon entfernt ist, das geschichtliche Denken volkstümlich zu machen, zeigt nicht nur ein Blick auf ihren Mitgliederbestand, sondern ebensosehr die Betrachtung der von ihr unternommenen Arbeiten. Die Mitglieder setzen sich überwiegend aus Gelehrten zusammen, die zwar eine hohe wissenschaftliche Tradition pflegen, aber oft den Weg zum praktisch Dringenden, Brauchbaren und Faßbaren nicht finden. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn die von der Gesellschaft geförderten wissenschaftlichen Arbeiten sich häufig auf belanglose geschichtliche Gegenstände beziehen. Es sei an dieser Stelle nur beispielsweise hingewiesen auf die